

Einleitung: Das Global Economic Symposium als Seismographisches Institut

Das GES sieht eine „neue Welle der Globalisierung“ hinaufziehen. Durch diese verwendete Metaphorik ist der Charakter der folgenden „Empfehlungen“ an die Finanz-, Wirtschafts- und Bildungspolitik bereits deutlich einschätzbar. Auf ein „Erdbeben“, wie die internationale Finanzkrise dargestellt wird, folgt, wie sich die naturwissenschaftlichen Laien in den Reihen der GES „ExpertInnen“ nun ausrechnen, unweigerlich der Tsunami gesellschaftspolitischer Veränderung. Die Finanzkrise hat die globale Ökonomie „erschüttert“, wie Joseph Ackermann (Vorstandschef der Deutschen Bank) in seinem Vorbereitungstext zum GES 2009 vorrechnet: 1,2 Billionen Dollar hätten allein die 20 größten Firmen der Welt verloren; weiterhin führt er aus, dass allein die Regierungen der Industrienationen in die Rettung der Finanzhäuser und der mickrigen Wachstumsraten ihrer Volkswirtschaften 3,6 Billionen Dollar investierten. Ackermann scheint hier tatsächlich eine Art Zusammenhang wie bei der Verschiebung der tektonischen Erdplatten und dadurch entstehenden Riesenwellen zu sehen: Erst das schwarze Loch der geplatzten Aktienblasen und ungedeckter Schuldverschreibungen auf Immobilienspekulationen, und dann der ruinöse Rettungspaketwahn, der die nationalstaatlichen Regierungen rund um den Globus packte. Zwei wesentliche Zwischenschritte werden hier aber mal eben übergangen: 1. holten sich die betroffenen Konzerne die verlorenen Unsummen über Preissenkungen in den Industrienationen auf der einen Seite, und nie da gewesene Preissteigerungen in der finanzwirtschaftlichen Peripherie wieder; dies führte zu gewaltigen Inflationsraten in der südlichen Hemisphäre, wie z.B. Venezuela ca. 82% seit Januar 2009, Nigeria ca. 71 % seit März 2009, Indonesien 65 % seit Februar 2009, Pakistan 85 % seit April 2009 (Quelle: ECOSOC 2010). Als direkte Folge stieg die Anzahl der weltweit Hunger leidenden Menschen um 15 % seit Beginn der so genannten Finanzkrise auf nun eine Milliarde Menschen (Schätzungen der UNO). 2. aber verloren Millionen Menschen in den Industrienationen Wohnungen und Häuser, verloren ihre aktiengestützten Lebens- und Rentenversicherungen, ihre Einlagen für den Bildungsweg der Kinder etc. Dies waren ganz konkrete Zugriffe der Finanzhäuser und Versicherungen, um über diese Werte die eigenen Verluste auszugleichen, wovon auch die Bilanzen der produzierenden Konzerne profitierten. Als „Finanzkrise“ bezeichnet, setzte innerhalb weniger Wochen ein gewaltiger Materialisierungsprozess der fiktiven Werte ein, die auf dem deregulierten Finanzmarkt erschaffen worden waren. Die viel zitierte „Blase“ war jahrzehntelang ein letzter Schutz vor der Realität der globalen Eigentumsverhältnisse gewesen. Ihr Platzen war kein „Erdbeben“, sondern der weltweite Zahltag an die GroßgrundbesitzerInnen des sozialen Lebens.

Das GES gibt sich in der Behandlung des Themenfeldes „Die globale Ökonomie“ als visionärer Krisencoach, als eine Art Sozialarbeiter, Psychologin und „Super Nanny“, wie Reality-Show Formate privater Sender sie nicht besser für die Zielgruppe der VolkswirtInnen und BerufspolitikerInnen hätten erzeugen können. Es werden Diagnosen über die mitleidig betrachteten Objekte der Begierde erstellt – also über ArbeiterInnen, Studierende, MigrantInnen, prekarierte Frauen, RentnerInnen usw. – und in ihnen ein Bild defizitärer Subjekte erzeugt, die per wirtschaftspolitischer Intervention auf den richtigen Weg zu bringen seien. Da die Welle nun mal kommt, sollten wir lieber alle schwimmen lernen, so lautet die Botschaft des GES. Welche wirtschaftspolitischen Verschärfungen im Interesse einer Reproduktion der Profitraten eben jener Eliten, die das GES tragen, damit im einzelnen gemeint sind, soll auf den folgenden Seiten anhand einiger Statements und dann auch Interpretationen unsererseits exemplarisch dargestellt und erläutert werden.

I Statementents

Ein paar Einschätzungen und „handlungsorientierte Vorschläge“ ausgewählter Global Player auf dem GES 2009

A) Post Crisis Global Division of Labour (Weltweite Arbeitsteilung nach der Krise)

Jean Phillipe Cotis (Leiter des Französischen Statistikamtes, ehemaliger Vorsitzender der OECD): Strukturelle Arbeitslosigkeit = Keynesianistische Arbeitslosigkeit. Liberalisierung des Handels ist der Motor für weltweites Wachstums; Arbeitsmärkte und Arbeitsmarktpolitik müssen dieser Liberalisierung folgen. Die Grenzen zwischen den Sektoren mit und ohne Handel müssen aufgebrochen werden. Propagiert werden sollte eine weltweite Leiharbeit, in der Konzerne und Wohlfahrtsstaaten eine Synthese bei der Verwaltung der Arbeitskraft eingehen.

John Feldmann (Aufsichtsrat BASF): Konzerne sind weltweit auf den Nachschub an Ressourcen und gut ausgebildeten Arbeitskräften angewiesen. Deshalb übernehmen sie Verantwortung, und sorgen für eine ausgewogene Reproduktion (z.B. binden die von BASF gezüchteten natürlichen Rohstoffe drei Mal mehr CO₂, als bei der Produktion der fertigen Produkte ausgestoßen wird; außerdem werden weltweit durch BASF Menschen ausgebildet). Die zunehmende Verzahnung von Bildung und Wirtschaft ist essentiell für den weltweiten Arbeitsmarkt, da so der Zugriff auf Humankapital planbar wird. Aus Unternehmen werden globale soziale Organisationen. Diese stellen sich in ihrer Arbeitsmarktplanung auf einen Rückgang der europäischen Bevölkerung um 1,15 % (Deutschland 1,4 %) bis 2020 ein, während in China und Indien die gesamten Zahlen der Bevölkerung sowie die der gut Ausgebildeten steigen.

Globalisierte Arbeitsmärkte sind das zukünftige Ziel. Die Beschäftigten sollten sich darauf einstellen, und sich entsprechend weiterbilden. Die Bildungssysteme können hinter dieser Entwicklung nicht zurückfallen, sondern müssen SchülerInnen und StudentInnen auf ihren Platz in der Welt vorbereiten.

Die Unternehmen sollten Diversität unter den Beschäftigten schätzen und die Vielfalt fördern. In einer Zukunft, in der sich der Wettbewerb verschärft, wird es an den Unternehmen sein, ökologische und soziale Verantwortung zu übernehmen. Die Gesellschaft, die sich aus Unternehmen, AktionärInnen und ArbeitnehmerInnen zusammensetzt, muss in den Blickwinkel der Unternehmen Einzug erhalten, weshalb Nachhaltigkeit strategisch und organisatorisch bei BASF integriert ist.

Hans-Paul Buerkner (Präsident der Boston Consulting Group): Die globale Ökonomie wird weiterhin von West nach Ost wandern. Die globale Arbeitsteilung wird durch die verschiedenen Wertschöpfungsketten der Konzerne bestimmt: Wo sind die Kunden angesiedelt, wo lassen sich die notwendigen Fertigkeiten finden, wo existieren akzeptable Kostenstrukturen? Service wird outgesourced, Produktion wandert in die Märkte mit hohem Wachstum, Produktentwicklung geht an die Regionen, die den Kundengeschmack prägen. Es wird dabei geschaut, auf welche Rahmenbedingungen in Infrastruktur, Humankapital, Arbeitskosten, politischer Stabilität zurückgegriffen werden kann. Dazu sollten alle beitragen, um aus dieser Welt einen besseren Ort zu machen.

B) Balancing Risk Taking and Financial Regulation (Die Balance finden zwischen Risiko Investment und Finanzregulation)

Paul Achleitner (Manager Allianz): Staaten sollten international als Versicherung von Banken agieren. Banken zahlen auf die Gewinne ihrer Spekulationen Steuern, die sie aber im Fall eines misslungenen Risiko Geschäftes wieder zurückbezahlt bekommen können. So lässt sich das für den globalen Cash Flow notwendige Risiko Geschäft auch nach der Krise aufrechterhalten. Das Problem ist dabei jedoch das Rating, da dieses sich staatlicher Kontrolle entzieht. Außerdem fehlt es derzeit an Liquidität im Investment Bereich, was durch eine groß angelegte Finanzoffensive der Staaten bekämpft werden könnte.

Josef Ackermann (Vorstandsvorsitzender Deutsche Bank): Die Finanzkrise hat dem Finanzsystem bisher eine Billion Dollar gekostet, 1,2 Billionen aus dem Marktwert allein der 20 größten Firmen gesogen. Regierungen sahen sich gezwungen, 3,6 Billionen Dollar in Rettungsmaßnahmen zu investieren. Es kam zu der größten Rezession seit dem 2. Weltkrieg. Für die Zukunft bedarf es:

- International verbundene Aufsichtsräte mit supranationalen Kompetenzen, die alle Bedrohungen für die finanzielle Stabilität erkennen und bekämpfen können. Staaten und Unternehmen müssen hier eine Einheit bilden
- Das Finanzsystem muss weniger zyklisch agieren. Genauso muss die Finanzpolitik der Staaten sich gegen Zyklen stellen. Es bedarf Konstanz und Berechenbarkeit
- Das Risiko Management der Banken muss aktualisiert werden. Alle global agierenden Finanzhäuser sollten im Institut für internationale Finanzen zusammenarbeiten, um einen einheitlichen Katalog an Maßnahmen zu erarbeiten
- Banken brauchen direkten Zugriff auf Ressourcen. Nur so lässt sich eine qualitativ gesicherte hohe Kapitaldecke sicherstellen, die dem Druck von InvestorInnen, AnlegerInnen und Rating Agenturen standhalten kann. Durch die Versicherung von Kapital durch Ressourcen lässt sich auch ein weniger prozyklisches Finanzsystem etablieren
- Es bedarf höherer Liquiditätsreserven und eines besseren Liquiditätsmanagements. Neue Regeln dürfen aber keine abgeschlossenen Pools für Liquidität unter individueller Kontrolle schaffen, sondern müssen immer dem Zugriff durch die Banken offen stehen.
- Es bedarf einer Aufsicht entgegen dem „Schatten Bankensystem“, welches nicht akzeptabel ist. Der Aufstieg neuer „Player“ in den letzten 20 Jahren im Finanzsystem muss durch eine autorisierte Aufsicht untersucht werden, die nur systemrelevanten Institutionen die Mitgestaltung des Finanzsystems möglich macht
- Es bedarf Mechanismen, um mit dem Scheitern von systemrelevanten Institutionen umzugehen. Scheitern, auch von großen Institutionen, gehört zum Spiel und muss weiterhin möglich sein, um die Marktdisziplin aufrecht zu erhalten. In solch einem Fall müssen international Maßnahmen ergriffen werden, um die entstehenden Lücken zu stopfen
- Die Zentralbanken müssen Strategien entwickeln, um, sobald sich das System erholt, Geld aus dem Kreislauf zu ziehen, um Erwartungen in eine Inflation entgegenzuwirken. Der Wiederverkauf von staatlichen Beteiligungen an Unternehmen und Banken, die im Zuge der Rettung erworben wurden, muss international koordiniert werden, um Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern.

II. Interpretationen

A) „Fähigkeiten für die neue Welle der Globalisierung“ [u.a. von den GES TeilnehmerInnen Sheika Lubna Al Nassimi, Handelsministerin der Vereinigten Arabischen Emirate; Hans Paul Bürkner, Vorstandsvorsitzender der Boston Consulting Group; Alan S. Blinder, Professor für Wirtschaft an der Universität Princeton (USA); Moderiert von Roland Tichy, Herausgeber der WirtschaftsWoche]

Bei der Umsetzung der ökonomischen Veränderungen, die das GES mit Bezug auf die „Finanzkrise“ einfordert, stehen den ExpertInnen zunächst die Menschen im Weg: sie sind zu bewegungsunfähig, schlecht ausgebildet, hängen veralterten Mustern nach. Dabei sei es doch von vorderster Wichtigkeit, das sich alle Menschen ihr Leben lang in Ausbildungsverhältnisse begäben: Schließlich würden Ökonomien in Zukunft immer schneller kippen, Jobs strukturell nur noch auf Zeit ausgelegt sein, und mit jedem Beruf beginne bereits die Suche nach dem nächsten. Das ständige Neuerlernen der Berufe solle jedoch nicht als Stress und zusätzliche Arbeit, sondern als positiver Wert angesehen werden, da doch so das Leben „interessanter und anregender“ werde. Am besten ausgerüstet in diesem Dauerwettbewerb sind also diejenigen, die eine weite Bandbreite von „Skills“ aufweisen können, weshalb joborientierte Bildung ab dem Kindergarten beginnen und in den Familien fortgeführt werden sollte, Schulen, Unis, Arbeitsplatz und Jobcenter erfassen müsse. Eingeebnet werden sollen aber natürlich auch „Kreativität“, „kommunikative Fähigkeiten“, „Schöpferum“, „Spontaneität“ und nicht zuletzt „soziale Kompetenzen“. Schließlich ist jedes Individuum im Freiheitsbegriff des GES ein eigenes Unternehmen, das die eigenen Produktivkräfte freizusetzen hat. Entsprechend wird das Schulsystem vieler Staaten kritisiert, welches immer noch Menschen nach den Bedürfnissen einer Ökonomie aus dem „factory age“, dem Zeitalter der Fabriken, forme. Dabei stünde in modernen Produktionszyklen vielmehr das pausenlose selbstständige Arbeiten – und somit auch das pausenlose selbstständige Lernen – vor dem Folgen von Instruktionen. Letztendlich geht es hier um die Herausbildung von Potential, dass durch die Aneinanderreihung von befristeten Tätigkeiten – auch und vor allem im prekären Sektor – jeder Zeit abgerufen werden kann.

Mit Blick auf die Überkapazitäten der globalen Wirtschaft, die durch die „Rettungspakete“ der nationalen Regierungen eher noch vergrößert als angeglichen wurden, macht solch eine Umstrukturierung der Beschäftigungsverhältnisse Sinn: Die Staaten werden wohl kaum ewig mit Milliarden Summen Kurzarbeit finanzieren, um in den immer schneller auftretenden Episoden des ausbleibenden Bedarfs ArbeiterInnen in den Betrieben zu halten. Stattdessen sollen Beschäftigte in Zukunft zum einen innerhalb des Betriebes von A nach Z verschoben werden können (was nicht bloß flexiblere Planung der Produktion, sondern auch der Lohnniveaus ermöglicht), und zum anderen aber im Sinne der Zeit- und Leiharbeit unter Regie der Jobcenter von Betrieb zu Betrieb und von Tätigkeit zu Tätigkeit verlegt werden können. Die Zerschlagung der Stammebelegschaften, die bei großen Tarifaueinandersetzungen den Kern der kämpfenden Belegschaften ausmachen, sehen die TeilnehmerInnen des GES in der „nächsten Welle der Globalisierung“ als vollendet an. Wandernde LeiharbeiterInnen mit universellen Fähigkeiten stehen für die extrem schwankenden Produktionszyklen bereit und nehmen jede Veränderung der Arbeitsorganisation mit Kusshand entgegen. Eine besonders perfide Spezifizierung dieses „Solutions“ Ansatzes wird unter dem Themenfeld „Migration“ dargestellt werden.

Das GES proklamiert Bildungsprogramme, die direkt auf die Wünsche der Wirtschaft eingestellt sind, und binnen kürzester Zeit Beschäftigte umschulen können; die Arbeitsmärkte müssen so zu sagen beständig ein „Upgrade“ erfahren. Was den Zugriff auf die Kinder zugunsten der Produktivität einer Volkswirtschaft angeht, so verliert die Familie als Ort des

Privaten, wie sie in der bürgerlichen Gesellschaft der sozialen Marktwirtschaft in der Nachkriegszeit eine so wichtige Funktion einnahmen, ihren Status. Da nur „erfolgreiche Familien“ auch „erfolgreiche Schulen“ ermöglichen (mit Erfolg ist natürlich die Höhe des Humankapitalwertes gemeint), ist es selbstverständlich, dass der Staat in sie hinein interveniert. Konsumverhalten, Freizeitgestaltung, Förderungen der Kleinstkinder – Verwertungsstrategien werden in die Familien hinein getragen, da die GES „ExpertInnen“ hier ein großes Potential zur selbstständigen Entfaltung individueller Produktivkräfte sehen.

B) „Beschäftigung herstellen“ [u.a. von den GES TeilnehmerInnen René Obermann, Vorstandsvorsitzender Deutsche Telekom AG; Jørgen Elmeskov, Direktor der Politik-Studien der OECD; George A. Akerlof, Professor für Ökonomie an der Universität Berkely (USA); Moderiert von Thomas Fricke, Chefökonom der Financial Times Deutschland]

Nachdem sich beim GES darüber ergangen wurde, wie der Hohlkörper des universellen Beschäftigten am besten mit verwertbarem Input zu füttern sei, wird nun das Augenmerk von der individuellen auf die kollektive Ebene verlagert. Gleich zu Anfang werden dabei die Phrasen ultra – neoliberaler Ideologie wiedergekaut: es seien die letzten Reste der wohlfahrtsstaatlichen Systeme, die Arbeitslosigkeit (vor allem in den Industrienationen) erzeugten, da sie die „Selbstinitiative“ der Menschen, Arbeit zu suchen, schmälerten. Mal abgesehen davon, dass unter Bedienung der bürgerlichen Moralvorstellung „Arbeit um der Arbeit willen“ den Menschen hier das grundsätzliche Recht, erst einmal nach einem möglichst guten Weg zu Leben, und dann erst nach einer Arbeit zu suchen, abgesprochen wird – wenn die TeilnehmerInnen des GES unter dem Punkt „Beschäftigung herstellen“ gleich als allererstes wohlfahrtsstaatliche Leistungen zur Arbeitslosenunterstützung ins Visier nehmen, wird deutlich, auf welchem prekären Niveau sich die Lohnarbeit, die sie „hergestellt“ sehen wollen, befindet. Mit den Hartz4 Regelsätzen liegt Deutschland im Mittelfeld staatlicher Transferzahlungen an Arbeitslose im OECD Vergleich. Die einzigen Nationen mit nennenswert höheren Leistungen sind die skandinavischen Länder. Das GES bezieht sich mit seiner Allround-Kritik daher tatsächlich auf monatliche Zahlungen wie die deutschen 430 Euro pro Monat an Alleinstehende – wenn das eine Konkurrenz zu Jobs sein soll, die die Betroffenen ansonsten angenommen hätten, dann entpuppt sich die vom GES erträumte „Eigeninitiative“ als Drohung mit Obdachlosigkeit und Hungertod.

Doch die Eliten des GES wollen mehr. Tatsächlich fordern sie nicht nur eine erneute radikale Beschneidung der sozialen Systeme – im Kontext mit der tausendfach zitierten „nächsten Welle der Globalisierung“, um so gleiche Voraussetzungen für den globalen Konkurrenzkampf zu schaffen – sondern obendrein auch noch die Umverteilung des bisher für Sozialausgaben vorgesehenen staatlichen Geldes an die Unternehmen. Anstelle an die verarmten Menschen, soll das Geld an diejenigen ArbeitgeberInnen ausgezahlt werden, die neue Menschen einstellen; gleichzeitig wird der Abbau der Sozialabgaben eben jener ArbeitgeberInnen propagiert.

Diese Forderungen stellen eine kuriose Entwicklung der Sicht der Ökonomie auf den intervenierenden Sozialstaat dar: Wird der Staat traditionell als konkurrenz- und daher entwicklungshemmend aus Sicht der Wirtschaft beschrieben, so soll Beschäftigung nun auf neue Art sozialisiert werden: Letztendlich bezahlt zwar der Staat für die Jobs, aber entgegen jeglicher keynesianistischen oder gar sozialistischen Denkart unterliegen Einsatz und Planung der Arbeitskraft dem Gutdünken der Unternehmen, die sich über die Anstellung eines Menschen so doppelt bereichern können: Über die Abschöpfung des Mehrwertes aus der Arbeit ihrer Beschäftigten, und dann, nach den „Visionen“ des GES, zusätzlich aus staatlichen Geldern, die ihrerseits aus den Löhnen der Beschäftigten generiert werden. Ausbeutung wird nach dieser Denkart mal eben verdoppelt.

Der „aktivierende Sozialstaat“, der in jedem/jeder Arbeitslosen tendenziell eher einen zu sanktionierenden, weil schmarotzenden als einen gleichberechtigten Menschen sieht, wird vom GES zum Leitbild sämtlicher arbeitspolitischer Betrachtungen. So wird, als sei dies noch nicht längst bis zum wortwörtlichen Exodus vieler Menschen geschehen, weiterhin „Deregulierung“ gefordert, als befänden wir uns am neoliberalen Wendepunkt der Ökonomien Anfang der 80’er. Nach Meinung des GES geht aber immer noch mehr: selbst im Dienstleistungssektor, in dem nun schon so gut wie alles privatisiert wurde, wird noch Potential zum Abgreifen von Wachstumsraten gesehen. Gemeint sind in erster Linie staatliche Verwaltungsapparate – allen voran die Arbeitsagenturen. Dies würde Wettbewerb und damit Effizienz schaffen; und gleichzeitig mal eben das Schicksal der Betroffenen Menschen nicht mehr der Politik, sondern direkt der Wirtschaft unterstellen. Im Bezug zu den im Punkt „Fähigkeiten für die nächste Welle der Globalisierung“ entworfenen Plänen zur Ausrichtung der Organisation von Bildung und Qualifikationen entlang einer Ökonomie mit unbeständigen Produktionszyklen – wie sie seit der „Finanzkrise“ Realität ist – wird des weiteren „Mobilität von Angestellten und Löhnen“ gefordert – Tarifsicherheit, Kündigungsschutz, Zumutbarkeitsregeln für den Arbeitsplatz, all diese arbeitspolitischen Rechte müssten dafür geschleift werden.

Die paritätischen Versicherungssysteme sind dem GES, wie mittlerweile schon anzunehmen war, ebenfalls ein Dorn im Auge. Was unter dem Stichwort „Riester Rente“ in Deutschland schon in Sachen Privatisierung der Altersvorsorge vollzogen wurde, soll nun auch für Arbeitslosen- und Unfallversicherung in allen OECD Staaten gelten. Staat und Wirtschaft sollen noch weiter aus der Verantwortung für die Einzelnen gezogen werden; stattdessen sollen die Beschäftigten ihren Lohn anknapfen, um „Arbeitslosenkonto“ zu errichten. Hier wird auch wieder deutlich, dass das GES von einer strukturellen Befristung regulärer Beschäftigungsverhältnisse auszugehen scheint. Die Umsetzung solch eines Systems würde bedeuten, dass die Risiken einer Ökonomie im Sinne der GES Prophezeiung einseitig zu lasten der ArbeitnehmerInnen umgelagert würden; entlang des Lohngefälles würde eine extreme Ungleichheit der privaten Abfederungen gegen Arbeitslosigkeit entstehen. Das GES sieht hierin natürlich einen erneuten „Anreiz zur Eigeninitiative“, schließlich lebt es sich in einem komplett flexibilisierten, deregulierten Arbeitsmarkt dann ohne Job ziemlich schlecht, wenn nicht zuvor ordentlich etwas auf die Hohe Kante gelegt wird. Wichtig in diesem Zusammenhang zu erwähnen ist der Charakter des Geldes als Produktionsfaktor in einer deregulierten Finanzwirtschaft. Neue Anlagen gemäß dieses Systems würden Versicherungen und Banken mit Einlagen versorgen, welche diese als Kapitaldecke in den Markt führen würden- und somit für mehr Liquidität im Welthandel sorgen. Vor dem Hintergrund eines stagnierenden Konsums vor allem in den OECD Ländern und einer weltweiten Überproduktion von Waren ist es durchaus einleuchtend, dass sich von einem neuem Anlagesystem höhere Profitmöglichkeiten erhofft werden, als wenn dieses Geld von den Beschäftigten in Eigenregie in den Konsum fließt.

Als eine „Schranke gegen Beschäftigung“ werden beim GES sämtliche Systeme zur Frührente gesehen. Diese seien schlicht „unfair“, würden zur Nichtarbeit verleiten, und dazu noch die Kassen der Staaten belasten. Wieso aber ausgerechnet die Vergrößerung der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt durch noch spätere Renteneintrittsalter zu mehr Beschäftigung beitragen soll, bleibt des Weiteren unerläutert; ein Hinweis darauf, das hohe Beschäftigungszahlen gar nicht unbedingt im Interesse des GES liegen müssen. Vielmehr geht es um die Intensivierung des Wettbewerbs zwischen den ArbeitnehmerInnen, um so Löhne zu drücken, sowie den beständigen Zugriff auf ein Heer flexibler und abhängiger Beschäftigter. Dass gerade ältere Menschen von Arbeitslosigkeit öfter betroffen sind, dürfte den GES „ExpertInnen“ klar sein; gerade deshalb aber, so möglicherweise das Kalkül, sind diese Menschen auch öfter zu Niedriglohnarbeit bereit, ins besondere in einem System, in dem Alters-, Gesundheits- und

Arbeitslosenversicherung komplett vom eigenen Broterwerb abhängig sind, und eine lange Arbeitslosigkeit vor allem im Alter unmittelbar in die Armut führen kann.

Damit ist das GES bei der Behandlung von „Problemgruppen“ angekommen. Menschen mit Behinderungen, deren Anteil an der Bevölkerung in den OECD Ländern steigt, würden die Arbeitslosenstatistik hoch treiben. Das GES empfiehlt in schon fast emanzipatorischer Mission, einfach die Paradigmen für „Behinderung“ so zu verändern, dass diese Diagnose seltener gestellt würde. Ein deutliches Beispiel dafür, wie willkürlich und von politischen Rahmenbedingungen abhängig die diagnostische Praxis ist. Nur anstatt an dem Abbau von Ausgrenzungsmechanismen ist das GES – wenig verwunderlich – eher an dem Ausbau von Niedriglohnsektoren sowie der Subventionierung von Arbeitsverhältnissen durch Transferzahlungen, die bisher über die Sozialsysteme an die jeweiligen Menschen direkt gingen, an die Unternehmen interessiert.

Das Bildungssystem, im Punkt „Fähigkeit für die nächste Welle der Globalisierung“ als Produktionsfaktor und arbeitspolitischer Zwang ausgemacht, wird in diesem Abschnitt zum Mittel, um in einer erneut emanzipatorisch angehauchten Absicht Frauen strukturell in den Arbeitsmarkt einzubeziehen. Selbes gilt für „Minderheiten“. Über das Bildungssystem sollen beide Elternteile befähigt, aber aufgrund der Kostenpflichtigkeit im Zuge der Privatisierung sämtlicher Dienstleistungen auch gezwungen werden, am Arbeitsmarkt teilzuhaben.

Menschen mit Migrationshintergrund sollen über das Bildungssystem „ermutigt“ werden, am Arbeitsmarkt „teilzuhaben“. Von struktureller Ausgrenzung ist hier keine Rede; es mangle einfach an gutem Zureden, so lesen sich die Einschätzungen des GES. Schuld an sämtlichen Misereen sind in der gesamten Behandlung des Punktes „Beschäftigung herstellen“ immer die Individuen, die unzureichend Eigeninitiative zeigten.

C) „Arme Länder zur Teilhabe an Wissen befähigen“ [von den GES Teilnehmern Abdul Waheed Khan, stellv. Direktor für Kommunikation und Information der UNESCO; Soumitra Dutta, Dekan der Internationalen Beziehungen an der INSEAD Business School Europe (Frankreich); Keith E. Maskus, Dekan der Sozialwissenschaften an der University of Colorado (USA); Moderiert von Marco Vollner, Programmdirektor Englisch/Deutsch des Deutsche Welle Radio]

Zu Beginn dieses Themenschwerpunktes wird eine Zunahme der „weltweiten Arbeitsteilung“ vorausgesehen, entsprechend welcher die Herausbildung eines geeigneten Humankapitals maßgebend für eine effiziente Produktion sei. In Staaten, in denen die Regierungen dazu nicht in der Lage seien, könnten die global agierenden Konzerne über Fortbildungsmaßnahmen zu einer Hebung der nationalen Bildungsniveaus beitragen; gemäß einer „weltweiten Arbeitsteilung“ ist dies auch nur konsequent, da so die erforderlichen Qualifikationen zur Massenproduktion der Güter für den Welthandel in den verarmten Regionen direkt an den Bedürfnissen der Produzenten ausgerichtet werden. Doch dabei sollte es nicht stehen bleiben: Globale Konzerne seien, so das GES, in der Lage, den nationalen Bildungssystemen der armen Länder ein „Leitbild“ zu sein. Irgendwann übernehmen also die Staaten die notwendige Ausbildung der Menschen für „ihre“ Aufgaben im System der weltweiten Arbeitsteilung, sprich der industriellen Akkordproduktion von Gütern im Auftrag multinationaler Firmen. Die Kosten für solch eine Ausbildung blieben dann, so verspricht es das GES, also nicht für alle Ewigkeit an den von der „weltweiten Arbeitsteilung“ profitierenden InvestorInnen hängen.

Allerdings springen den Konzernen hier bereits die Vereinten Nationen in Form der UNESCO zur Seite. Diese fördern den Ausbau von Informations- und Kommunikationstechnologien, durch welche eine breite Masse an ArbeitnehmerInnen Abseits der für die Bedürfnisse des globalen Marktes unzureichenden Bildungssysteme in den armen Ländern am Wissenspool der Welt teilhaben sollen. Gleichzeitig wird somit natürlich auch das Interesse am Konsum

der global gehandelten Güter geweckt. Die UNESCO empfiehlt sowohl den Regierungen verarmter Länder als auch den dort produzierenden Konzernen, vermehrt auf „e-learning“, auf elektronische Wissensvermittlung zu setzen, da so auch die Kosten zur Weiterbildung von Lehrkräften eingespart werden könnten.

Anschließend wird das allseits gefeierte System der „Advanced Market Commitments“ (AMC) als „Potential für Innovationskraft“ für die Ökonomien armer Länder betrachtet. Dieses System, in dem Konzernen von Stiftungen und Regierungen aus den Industrienationen hohe Summen für die Entwicklung von Medikamenten und Impfstoffen gezahlt werden, die dann zu relativ niedrigen Preisen ihre Produkte an die Gesundheitssysteme armer Länder verkaufen, hat sicherlich im Kontext der realen Organisation der Weltwirtschaft bereits Millionen Menschen Hilfe zu Teil werden lassen. Mit einem kritischen Blick muss jedoch angemerkt werden, dass hier die Eigentumsverhältnisse im Gesundheitswesen, also an Produkten, von denen die Menschheit abhängig ist, eiskalt von der Pharmaindustrie ausgenutzt werden. Die sich weltweit durchsetzende Einsicht, das Leben rettende Medikamente den bedürftigen Menschen nicht aufgrund ihres Preises vorenthalten werden dürfen, führt nicht etwa zur Kontrolle der Gesellschaft über Produktion und Vertrieb der jeweiligen Produkte. Stattdessen wird der ethische Gedanke dahingehend kanalisiert, den Pharmakonzernen, die durch ihr Profitinteresse die untragbare Situation der weltweiten Unterversorgung mit Medikamenten erst herbeigeführt haben, Milliarden Gewinne durch öffentliche und private Gelder zu bescheren; dies kann auch schlicht als Erpressung bezeichnet werden. Solch eine Subventionierung führt obendrein zur Eroberung neuer Märkte in den armen Regionen der Welt durch eben jene Pharmakonzerne. Vor dem Hintergrund der kapitalistischen Organisation der Weltwirtschaft ist die Verfügbarkeit von Medikamenten in armen Ländern allerdings wohl kaum anders herstellbar.

Jedenfalls sieht das GES unter dem Punkt „Arme Länder zur Teilhabe an Wissen befähigen“ die Möglichkeit, im Fahrwasser des AMC Systems nicht bloß die Produkte, sondern auch arbeitsmarktrelevantes Wissen aus dem Bereich Medizin/Pharmazie gleich mit zu exportieren. Zudem sollten „unabhängige Beratungsinstitutionen“ entstehen, die vor Ort erkunden, gegen welche Krankheiten es einen Bedarf an Impfstoffen und Medikamenten gibt, wie Versorgungsengpässe zu umgehen sind, nach welchen Kriterien sich der lokale Preis der pharmazeutischen Produkte zusammensetzen sollte. Hier wird das Entstehen neuer Dienstleistungsunternehmen gefordert, die in den gesundheitlichen Krisenregionen der Welt den Pharmakonzernen zuarbeiten.

Etwas nebulös wird im weiteren Verlauf die „Wertschätzung indigenen Wissens“ gefordert. Dieses hätte in vielen Gesellschaften armer Länder einen wichtigen Wert, auch wenn es nicht ökonomisch nutzbar sei. Tatsächlich handelt es sich hier eher um eine Überleitung zum Stichwort „Patente“. In Anlehnung an die Zauberkraft des AMC wird davon ausgegangen, dass durch den Export von pharmazeutischem Wissen die Wirtschaft der armen Länder, in denen es einen Bedarf an den jeweiligen Medikamenten und Impfstoffen gibt, nun selbst in Richtung Forschung an Medikamenten angeregt wird. Darüber ließe sich das Patentmonopol der etablierten Pharmakonzerne brechen. Gleichzeitig plädiert das GES für die Patentierung von gesellschaftlichem, tradiertem Wissen, Leben, Arbeitsweisen, vorgeblich um „das geistige Eigentum armer Länder“ zu schützen. Dass es sich hier um eine Kommerzialisierung und in Besitznahme kollektiven Wissens und kollektiver Tätigkeiten handelt, ist nur allzu offensichtlich.

Den unter dem Themenschwerpunkt „Arme Länder zur Teilhabe an Wissen befähigen“ geäußerten Gedanken liegt die vom GES insgesamt vertretende Auffassung zugrunde, dass Armut sich grundsätzlich immer aus dem Charakter der betroffenen Individuen ergibt; die gesellschaftliche Organisation entlang des globalisierten Kapitalismus wird niemals als Erklärungsmuster heran gezogen. Ausbeutungs- und Abhängigkeitsverhältnisse im kapitalistischen Arbeitsprozess als Ursache für weltweite Armut sind als

ökonomisch/politische Kategorien in allen Themenpunkten des GES nicht zu finden; ihre Verschleierung zieht sich daher wie ein roter Faden durch den gesamten Gipfel. Es sind lediglich die Menschen in den armen Ländern dieser Welt, die eine „Upgrade“ benötigen, wie es in der Sprache des GES heißt.

D) Das globale Finanzsystem stärken [u.a. von den GES TeilnehmerInnen Domingo F. Cavallo, Vorstandsvorsitzender DFC Associates LLC; Joachim Fels, Manager und Chefökonom Morgan Stanley; Richard Holmes, Vorstand des Private Banking Sektors der Standard Chartered Bank; Moderiert von Wolfgang Munchau, Co-Herausgeber der Financial Times; *außerdem mit Essays von* Dennis Snower, Präsident des IfW Kiel und Hauptverantwortlicher des GES; Willem Bulter, Professor für Europäische Wirtschaftspolitik an der London School of Economics and Political Science (UK); Ignazio Visco, Direktor und Vorstandsmitglied Banca d'Italia; Josef Ackermann, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank; Avinash Persaud, Vorstandsvorsitzender Intelligence Capital Limited; Richard Portes, Gründer und Präsident des Centre for Economic Policy Research (CEPR)]

Wie im Vorfeld des GES bereits angekündigt, nahmen die Beschäftigung mit Möglichkeiten zur Konsolidierung des Finanzsystems und die „Diskussion“ über dessen systemische Krisen einen breiten Rahmen auf dem Gipfel ein. In der Ergebnispräsentation des Abschnitts „Die globale Ökonomie“ entfällt folgerichtig über die Hälfte der Texte auf dieses Kapitel.

Eingangs wird festgestellt, dass sich das Auftreten von Finanzkrisen seit 1990 beschleunigt hat. In einem einzigen Satz werden die vermeintlichen Ursachen beschrieben: Es seien die zuwenig kontrollierbaren und beeinflussbaren Finanzströme zwischen Banken, Versicherungen und Wertpapierhäusern sowie die kaum überschaubaren weltweiten Geschäfte der Finanzkonglomerate, die – weil nicht kontrolliert und koordiniert – ins Chaos mündeten. Gleichzeitig wird aber sofort klargestellt, dass die Produktion direkt von der Produktivkraft des deregulierten Kapitals abhängig ist. Im Zeichen der weltweiten Überkapazitäten sind die durch fiktive Werte am Finanzmarkt erzeugten Profitraten der einzige wirksame Motor für Wirtschaftswachstum (Zerstörungen durch Naturkatastrophen und Kriege ausgeklammert). Entsprechend wird das Wiederauftauchen von „Blasen“, ihr Platzen und daraus resultierende Finanzkrisen auch in Zukunft als unabwendbar angesehen. An diesem Punkt wird der Unterschied zwischen dem GES und eher propagandistischer Gipfel, die in erster Linie von den obersten RepräsentantInnen der Regierungsapparate getragen werden (z.B. G8), deutlich. Das GES tönt nicht davon, vermeintlich „unverantwortliche Banker“ zur Raison ermahnen zu müssen, damit Kraft ihrer wiederhergestellten Vernunft künftig keine Krisen mehr aufträten. Im Gegenteil orientieren sich die GES ExpertInnen an der beschleunigten Wiederkehr von Finanzkrisen und Rezessionen. Daher stellen sich ihnen folgende Frage: Wie lässt sich die Wahrscheinlichkeit von zukünftigen Krisen minimieren, und wie lassen sich ihre potentielle Kosten eingrenzen? Welche politischen Maßnahmen müssen ergriffen werden, um das Risiko systemischen Schadens einzugrenzen? Welche regulativen und überwachenden Maßnahmen sind angemessen? Wie müssen Finanzpolitik und Finanzregulation aufeinander abgestimmt werden, sowohl in der Situation einer Krise als auch in ihrem Nachlauf? Die aktuelle Krise wird zwar als die schwerwiegendste seit 1929 angesehen, jedoch sei sie „keine Krise des Kapitalismus“, sondern eröffne vielmehr „vielfältige Möglichkeiten zu wichtigen Reformen im Sinne der Marktwirtschaft“ (Richard Portes, CEPR).

Als Zauberformel für eine neue Finanzordnung fungiert augenscheinlich auch beim GES die „Transparenz“. Sie wird in allen Bereichen beständig eingefordert, bis der Begriff zur Unkenntlichkeit gedehnt wurde; von neuen Regeln bis hin zum Aufbau riesiger multilateraler Organe, für alles wird das Ziel der „Transparenz“ bemüht. Das Bild eines undurchsichtigen

Dickichts, das mit der Machete der Vernunft gelichtet werden müsse, wird jedoch selbst in den Analysen des GES nicht aufrechterhalten. Vielmehr erinnert auch das GES an die Unvermeidbarkeit des Auftauchens von Krisen; das Gerede von „fehlender Transparenz“ liest sich in den Texten zur Finanzkrise meist lediglich als ein gebetsmühlenartig vorgebrachter Anhang, um die Forderungen und Vorschläge mit der öffentlichen Demagogie über angeblich verantwortliche EinzeltäterInnen kompatibel zu machen.

Das ein organisatorisch und technisch hoch entwickelter Kapitalismus zwecks Effizienzsteigerung der Akkumulationsprozesse - vor allem nach Krisen - zur Konzentration von Kapital und somit Monopolbildung neigt, hat die Neuordnung auf dem Parkett der „global Player“ im Zuge der Krise hat erneut deutlich gemacht (in Deutschland ist die neue Allmacht VW's nach der Übernahme Porsches das eindringlichste Beispiel). Das GES entwirft hierzu ordnungspolitische Richtungshinweise: In Zeiten des Absinkens der globalen Finanzdecke und dem Verengen von Renditemöglichkeiten werden zwangsläufig auch die Nischen für kleinere Mitbewerber enger und weniger. Ausdruck dessen sind die Vorschläge des GES, für zukünftige Geschäfte an den Finanzmärkten standardisierte Verträge einzuführen, die bei jedem Geschäft grob die selben Bedingungen vorschreiben; mit dieser Idee einher geht die Forderung nach gesteigerter Autorität der Aufsichtsbehörden, um die Bedingungen der standardisierten Verträge durchsetzen zu können. Kleinere Unternehmen oder Einzelpersonen, die mit Geschick und verkappter Kriminalität eine Randexistenz im globalen Finanzhandel führen konnten, sollen so eliminiert und als Konkurrenten der Etablierten ausgeschaltet werden (v. a. Deutsche Bank Chef Ackermann prangert in seinem Vorbereitungstext zum GES das „Schattenbankengeschäft“ an). Gleichzeitig kann davon ausgegangen werden, dass derartig standardisierte Verträge gemeinsamen Konsultationen des Internationalen Währungsfonds, der Regierungen und der großen Finanzhäuser entspringen würden; die „global Player“ könnten durch die Mitgestaltung der Vertragsvorlagen ihre Privilegien gegenüber weniger starken oder neuen Konkurrenten entscheidend ausbauen.

In die gleiche Richtung gehen die Vorschläge des GES nach der Schaffung einer supranationalen Aufsichtsbehörde, die die Gesamtlage des Finanzwesens und der globalen Wirtschaft insgesamt im Auge behalten soll, und die nationalen und konzerninternen Aufsichtsorgane auf einander abstimmen soll. In einem globalen Kontext spielen die führenden großen Unternehmen und Finanzakteure natürlich eine weit aus wichtigere Rolle als kleinere Konkurrenten, deren Interessen bei den Bewertungen durch die global zusammenhängenden Aufsichtsorgane kaum Beachtung finden dürften. Noch zentraler aber erscheint die Forderung des GES nach größerer Absicherung der Finanzgeschäfte durch „reale Werte“. Dies markiert die Verbindungslinie zwischen der Rhetorik um „bessere Überwachung und Aufsicht“ und einem Bruch mit prozyklischem Wirtschaften. Während die Aufsichtsorgane und Staaten in einer Boom Periode die intensivsten Investitionsexplosionen und folgende Blasenbildung bremsen, aber in Krisenzeiten Liquiditätsengpässe vor allem der Banken notfalls durch kräftige Hilfen verhindern sollen, werden die Unternehmen angehalten, sich in Boomzeiten „maßvoll“ zu verhalten und Kapital für Krisenzeiten zurückzulegen.

Nach Meinung des GES müssten die Aufsichtsorgane einen Mindestsatz an Kapitalbesitz bei der Abwicklung von spekulativen Geschäften und Hedge Fonds bei den Unternehmen voraussetzen. Dies ist eine weitere Hürde für neue und kleinere Unternehmen im Wettbewerb mit den dominierenden Akteuren. Von noch größerer Bedeutung ist jedoch, dass die Höhe des Risikos von Geschäften an die Größe des realen Besitzes der Unternehmen gekoppelt sein soll. Dies bedeutet mit anderen Worten, dass die schlimmsten Folgen der Finanzkrise, nämlich die Flucht des spekulativen Anlagesystems in die „realen Werte“ Weizen und Mais und die dadurch ausgelösten Hungerkatastrophen in Lateinamerika, der Karibik und weiten Teilen

Afrikas zum Prinzip gemacht werden sollen. Auch die durch die Finanzkrise in den USA entstandene Massenobdachlosigkeit entspringt diesem Prozess, da sich die Geschäfte mit hohen Risiken ihren Weg von der Spekulation auf die Entwicklung fiktiver Werte ihren Weg bis hin zum realen Besitz an Immobilien bahnte. Hier zeigt sich, dass das GES einzig und allein vom Standpunkt eines funktionierenden Systems zur Akkumulation von Kapital aus agiert, und dafür Elend und Not höchst freiwillig in Kauf nimmt.

Um diese „post-crisis“ Finanz- und Wirtschaftsordnung durchzusetzen, bedarf es der Autorität der Staaten, wie das GES klar macht. Diese sollen direkter Teil des Finanzgeschäftes werden, in dem sie in die Aufsichtsorgane direkt eingebunden sind. So sollen z.B. die Rating Agenturen für die Bewertung der Kreditwürdigkeit von Unternehmen durch die Staaten kontrolliert oder zumindest überwacht werden. Am weitesten jedoch gehen die Vorstellungen, die Staaten institutionell auf ihre Rolle als „Versicherungen“ – dieses Wort wird beim GES in diesem Zusammenhang tatsächlich gebraucht – festzuschreiben. Was sich im Zuge der Krise überall auf der Welt als Notfallplan durchsetzte, nämlich dass die Volkswirtschaften für die Verluste der Banken aufkamen, ist in der Vorstellungswelt des GES der ideale Zustand. Einen formalen Anspruch auf solche Leistungen im Fall von Krisen (welche auch für das GES unvermeidbar sind) soll durch geregelte Zahlungen der Banken an die Finanzbehörden der Staaten hergestellt werden, also durch eine Art „Versicherungsbeitrag“. Damit sei dann die Legitimität eines derart ruinösen Eingriffs in die Haushaltskassen der Staaten gesichert. Den größten und wichtigsten Finanzunternehmen soll sogar ein rechtlicher Anspruch in ihren Ursprungsländern auf Notfallhilfen eingeräumt, und durch multilaterale Abkommen durchgesetzt werden. Durch solch eine Reform, die die Staaten auf Grund internationaler Abkommen zu Dienstleistungen an der Finanzwirtschaft verpflichtet, würden sich die Interessen der globalen Finanz- und Wirtschaftsoligarchie noch weiter als die Interessen der Allgemeinheit zementieren.

Organisatorisch wird die Abwicklung der vorgeschlagenen neuen finanzpolitischen Ordnung an Reformen der internationalen/supranationalen Diplomatie geknüpft. So wird ein „neues G8/G9“ vorgeschlagen, denen die USA, die EU (als einstimmiges Mitglied), Japan, Saudi-Arabien, Indien, China, Brasilien, Süd-Afrika und Russland angehören sollen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) wird als „Sekretär“ dieses neuen Organs vorgeschlagen - dies wäre eine ungemaine Machtkonzentration, die kein supranationaler Gipfel bisher innehatte. So soll die Fähigkeit des IWF verstärkt werden, Kredite an verschuldete Staaten auszugeben, aber auch politisch die gewünschten Reformen in die einzelnen Volkswirtschaften zu tragen. Die bisherige Fähigkeit zur Kreditvergabe des IWF von 250 Milliarden Dollar wird als absolut unzureichend bezeichnet, und eine Aufstockung um das 7-fache auf 1.75 Billionen gefordert – Dimensionen, die die Verschmelzung der Finanz- und Volkswirtschaft veranschaulichen. IWF und das „neue G8/G9“ sollen den Ausführungen des GES zufolge zu einer mächtigen Institution aufgebaut werden, die finanz- und wirtschaftspolitisch das globale Geschehen kontrollieren und dirigieren sollen. Die verstärkten und beschleunigt wiederkehrenden Krisen drängen die Ideologie der „unsichtbaren Hand“ und der Selbstregulation des Marktes zurück; das GES propagiert die Vereinigung der global führenden Unternehmen, Finanzakteure und Regierungsapparate zu einer autoritären Einheit. Die Politik folgt dem Kapital im Drang zur Machtkonzentration in der Krise. „Das schrittweise Errichten eines einzigen großen Aufsichtsorgans“ zur Überwachung des globalen Finanzsektors ist eine weitere, in diesem Sinn folgerichtige Forderung des GES.

Ebenfalls in diesen Zusammenhang gehört die Idee von einem globalen Register über die Kreditwürdigkeit von Unternehmen, Finanzakteuren und Einzelpersonen. An diesem Punkt möchte das GES auch in die andere Richtung wirken: anstatt einem „weniger“ an

Finanzmarkt sollen nun endgültig alle LohnarbeiterInnen auch zu AkteurInnen des globalen Finanzhandels werden, schließlich ist das Geld bis zu einem bestimmten Punkt immer die stärkste Produktivkraft. Entsprechend sollen die Staaten und Finanzinstitute den Informationsfluss über die Individuen in der Weise wieder zurückführen, als dass jede und jeder über die besten Anlagemöglichkeiten zur Rentensicherung aufgeklärt werde. Dem Staat wird nur noch eine „beratende“ Funktion bei der Auswahl der Anlageoptionen zugedacht. Dies entspricht ja dann auch den Neuordnungswünschen des GES, nach denen die Staaten durch Dienstleistungen (Versicherung, Informationsquelle) und als Teil des Aufsichtsapparates mit dem sich konzentrierenden Kapital (Finanzinstitutionen und Großunternehmen) verflochten werden. Dass vom GES unmittelbar nach einer der größten Finanzkrisen in der Geschichte des Kapitalismus Forderungen nach der endgültigen Auflösung der staatlichen Rente – weltweit - und ihre Ersetzung durch ein börsenfinanziertes Altersvorsorgekonzept aufgestellt werden, könnte eigentlich als schlechter Witz durchgehen. Doch in der systemimmanenten Rationalität, in deren Kategorien die GES „ExpertInnen“ gefangen sind, steht die Liquidität der Finanzmärkte an erster Stelle. Ohne sie ist in der aktuellen Phase des Kapitalismus selbst minimales Wachstum undenkbar.

Bereits zum Zeitpunkt des GES 2009 wurden auf den Finanzmärkten wieder satte Gewinne eingefahren, die weltweit von den Staaten in die Märkte gepumpten 8 Billionen Dollar flossen ziemlich direkt in die Bilanzen der „global player“. Mittlerweile hat z.B. die Deutsche Bank ihren Verlust von 2008/2009 mehr als wettgemacht und ist auf dem Weg zu einem Rekordprofit, ähnlich sieht es bei fast allen größeren KonkurrentInnen aus, die die Krise überlebten. Und das, obwohl weltweit das Wachstum stagniert- es sind, wie unschwer abzulesen ist, die als „Rettungspakte“ bezeichneten Umverteilungsmaßnahmen von unten nach oben, die diese Gewinne möglich machten. Und in der Logik des GES soll und muss diese Entwicklung zwangsläufig weiter befördert werden, da in Zeiten der Überproduktion und der globalisierten Konkurrenz nur von einem Übermaß an in der Finanzwirtschaft erzeugtem Profit angenommen wird, es könne auf den Rest der Wirtschaft produktiv wirken. Doch irgendwann muss, und das ist im Prinzip auch den GES „ExpertInnen“ klar, auch eine Überproduktion in der Finanzwirtschaft entstehen, und die Produktivkraft „Geld“ liegt ungenutzt als Blase auf den Märkten herum, bis sie implodiert. Einen Ausweg sieht das GES aus diesem Teufelskreis nicht. Jedoch hofft es, durch Machtkonzentration und Autorität die Krisen kontrollieren zu können. Die vom GES propagierten neuen halb staatlich/ halb privaten Aufsichtsorgane sollen weltweite Überwachungs- und Kontrollorgane werden. Zusammengefasst möchte das GES „eine Vision für ein neues Bretton Woods“ entwerfen – Davos und G8 müssten nun nachziehen. Heraus käme nach dem Willen des GES ein hochkomplexer Apparat, der selbst mit den bürgerlichen Vorstellungen von „Demokratie“ und auch „Transparenz“ kaum noch etwas zu tun hätte.